

Protestaktion des HET auf dem Jungfernstieg Hamburg, 22.01.2015

Protestaktion des Hamburger Energietischs erfolgreich!

Am Mittwoch den 21.01 veranstaltete der Hamburger Energietisch (HET) eine Protestaktion am Jungfernstieg. Auf einem riesengroßen, knallroten Transparent forderte der HET den Senat auf, das **Fernwärme- und Gasnetz sofort zurückzukaufen** und den Bruch des Volksentscheids und der Verfassung abzuwenden. Gleichzeitig zeigte sich ein **Olaf Scholz in Sträflingskleidung**. Denn Knast droht bei einem Verfassungsbruch!

HET kritisiert den Hamburger Senat scharf, weil er für das Fernwärme- und das Gasnetz mit Vattenfall und E.On lediglich Kaufoptionen für 2017 bzw. 2018 vereinbart hat, also nur die Möglichkeit zu kaufen. Die Hamburger haben dem Volksentscheid zugestimmt, in dem es im ersten Satz, heißt es aber: „Senat und Bürgerschaft unternehmen fristgerecht alle notwendigen und zulässigen Schritte, um die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze 2015 wieder vollständig in die Öffentliche Hand zu übernehmen.“ Also 2015 – und nicht erst möglicherweise 2018 und 2019. Der Senat hat es, so die Auffassung des HETs, zumindest den Kauf in 2018 (Gasnetz) und 2019 (Fernwärmenetz) verbindlich zu vereinbaren. An Vattenfall und E.On kann das nicht gescheitert sein, denn diese haben sich ja zu einem Verkauf in diesen Jahren verpflichtet. Da der Senat sich die Entscheidung jedoch offen gehalten und damit gegen den Volksentscheid und die Verfassung verstoßen hat, drängt sich die Vermutung auf, **dass Bürgermeister Scholz den Volksentscheid nicht einhalten will**.

Auch in einem weiteren Punkt kritisiert der HET einen Verstoß gegen den Volksentscheid: Im zweiten Satz heißt es: „Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.“ Das alte, störanfällige und mit hohen Emissionen belastete Kohle-Heizkraftwerk in Wedel muss baldmöglichst ersetzt werden. Gerade hier bietet sich der Einstieg in eine erneuerbare Fernwärme wie z.B. mit Biomasse Restholz aus Landschaftspflege an. Der Senat will aber stattdessen ein fossiles, gasbetriebenes Heizkraftwerk bauen. Auch das kritisiert der HET scharf und fordert die Bürgerschaft auf, zu verhindern, dass der Senat die Hamburger Verfassung bricht – die besagt nämlich in Artikel 50, dass Volksentscheide für Bürgerschaft und Senat verbindlich sind.



**HAMBURGER
ENERGIETISCH**

Martin Schwarz und Gilbert Siegler, die Sprecher des HET, forderten die HamburgerInnen auf, bei der Bürgerschaftswahl nur Parteien zu wählen, die sich vorbehaltlos für die Umsetzung des Volksentscheids einsetzen.

**Nachfragen gern an: Gilbert Siegler: 0176 / 510 19 592
Martin Schwarz 040 / 609 420 610**

PRESEMITTELLUNG